

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Empfehlung: Die „Danziger Volksstimme“ ist ein wertvolles Organ für die werktätige Bevölkerung. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Nr. 271

Montag, den 21. November 1921

12. Jahrgang

Keine Einigung über die Reparationsfragen

In der Sonnabend-Sitzung der Reparationskommission ist eine Einigung über die Deutschland gegenüber einzunehmende Haltung nicht erzielt worden. Der Vertreter Frankreichs Louis Dubois habe die vier anderen Mitglieder der Reparationskommission gegen sich gehabt. Der belgische Delegierte Delacroix haben den Standpunkt vertreten, daß auf die gestrige Erklärung der deutschen Regierung für den Augenblick keine Antwort zu erteilen sei. Wenn man jetzt Deutschland eine ernste Note überreichen würde, dann laufe man Gefahr, denen einen guten Vorwand zu geben, die die Alliierten anklagen, die vorgelegene Forderung zu einem Mißerfolg zu führen. Louis Dubois habe gemeint, Deutschland versuche durch den Vorwand einer außerordentlichen Anleihe sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Infolgedessen habe er vorgeschlagen, ihm eine sehr ernste Verwarnung zukommen zu lassen. Es sei nicht dementsprechend entschieden worden.

Frankreich als Würgengel Europas.

In einem Leitartikel schreibt „Sunday Times“: Durch die Abriistung der drei großen Seemächte werde zweifellos der Einfluß der Mächte zur See als solcher im Gegensatz zu der Landmacht in der Weltpolitik vermindert werden. Die Hauptlandmacht sei jetzt Frankreich, das den Schlüssel zu Ersparnissen in Händen halte, die vielleicht noch wichtiger seien, als die Ersparnisse, die sich aus der Annahme des Abriistungsvorschlages zur See ergäben. Nachdem England und Amerika und vielleicht auch Japan bereit seien, in weiten Maße zur See abzurufen, sei jetzt Frankreich an der Reihe, daselbe zu tun. „Sunday Times“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten jetzt das Problem der Weltfinanz in Angriff nehmen. Wenn Amerika die Last nicht übernehme, die nur dieses Land tragen könne, so könne nur durch ein Wunder die finanzielle Katastrophe verhindert werden, die immer näher rücke. Wenn Deutschland am 15. Januar seine Verpflichtungen nicht erfüllen könne, werde Frankreich vielleicht ins Ruhrgebiet einmarschieren und wer kann dann sagen, ob der Abriistungsvorschlag, dessen Annahme heute fast gesichert sei, nicht in Rauch und Krieg aufgehen werde.

Die Unterdrückung des Saargebiets.

Der Kreistag von Saarbrücken hat die Begünstigung der Regierungsverordnungen abgelehnt und eine Erklärung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Regierungskommission hat seit ihrer Einsetzung nach Ansicht der Bevölkerung nur das eine: die Abtrennung des Saargebiets vom Mutterlande betrieben. Keine der von der Gesamtbevölkerung aufgestellten Forderungen hat Gehör gefunden. Dagegen hat die Regierungskommission entgegen dem einmütigen Willen des Kreistages Gesetze geschaffen, die von der gesamten Bevölkerung als bitteres Unrecht empfunden werden. Der Kreistag ersucht daher den Völkerbund, daß die jetzigen Mitglieder der Kommission nach Ablauf der einjährigen Amtszeit abberufen und durch neue ersetzt werden. Der Präsident der Regierungskommission soll einem neutralen am Saargebiet uninteressierten Staat entnommen werden, er soll der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig sein. Die jetzige Regierungskommission des Saargebiets hat sich durch ihr bishöheriges Verhalten jedweds Vertrauen der Bevölkerung verlohren. Der Kreistag spricht die dringende Bitte an den Völkerbund aus, Vertreter des Völkerbundes nach dem Saargebiet zu entsenden.

Der Aufstand in der Ukraine.

Die Blättermeldungen über die Einnahme Kiew durch die ukrainischen Aufständischen sind unzutreffend. Diese Gerüchte sind auf die seit mehreren Tagen längs der Bahnstrecken Korosten-Kiew und Krasnograd-Kiew stattfindenden größeren Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Sowjettruppen zurückzuführen. Dagegen bestätigt sich die Völkergreifung Schitomir durch die Insurgenten, wofür der „Hauptstab“ der Aufständischen der ukrainischen Republikanischen Armee seinen Sitz verlegt hat. Nach den letzten Nachrichten von der Grenze haben die Sowjetbehörden außer Schitomir auch Schmerinka bereits evakuiert. Veritene Abteilungen der Aufständischen rücken weiter vor und sind bis in die Nähe von Mogilew-Podolsk vorgebrungen. Die Verbindung zwischen Kamenez-Podolsk und Stynka wurde von den Aufständischen zerstört. Nach Abreiseinsenden Berichten der zahlreichen Flüchtlinge aus dem Aufstandsgebiet sind die Aufständischen gut bewaffnet und verfügen sogar über Sturmtruppen mit leichten Geschützen und Maschinengewehrabteilungen.

Die Verbindung zwischen Kamenez-Podolsk und Stynka wurde von den Aufständischen zerstört. Nach Abreiseinsenden Berichten der zahlreichen Flüchtlinge aus dem Aufstandsgebiet sind die Aufständischen gut bewaffnet und verfügen sogar über Sturmtruppen mit leichten Geschützen und Maschinengewehrabteilungen.

Besuch französischer Arbeiterführer in Berlin.

Führungsnahme mit deutschen Sozialisten in der Wiederanfangsfrage.
Einige französische Arbeiterführer, unter ihnen Jouhaux und Grumbach, werden in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen, um mit den deutschen Sozialisten Führung zu nehmen. Hier besteht die Erwartung, daß der Versuch mit dem Aufbau der elf Dörfer, den deutsche und französische Arbeitervereinigungen unternehmen wollen, zustande kommen wird. Herr Jouhaux ist sehr vorsichtig und will bei diesem ersten Versuch ganz sicher gehen. Aber man glaubt, daß die von ihm verlangte schriftliche Zustimmung der Gewerkschaften erfolgen und daß er dann keine weiteren Schwierigkeiten machen wird.

Deutschland wieder auf See.

Kajüterelände des Norddeutschen Lloyd dampfers „Seydlitz“, die auf der Ausreise nach Brasilien und Argentinien begriffen sind, sandten dem Norddeutschen Lloyd heute folgendes Telegramm über Fernando de Noronha: Die Kajüterelände des Dampfers „Seydlitz“ beglückwünschen den Norddeutschen Lloyd beim Ueberqueren des Äquators zur Wöpfung der Passagierverkehre und hoffen, daß die altrenommierte Lloydflagge bald wieder erscheinen werde. Schiff vorzüglich.

Der Norddeutsche Lloyd antwortete durch ein Danktelegramm.

Abtransport amerikanischer Besatzungstruppen

Die für den Rücktransport bestimmten amerikanischen Besatzungstruppen aus Stadt und Umgebung von Anderach am 25. November ihre Rückreise nach Amerika antreten.

Einfach verboten!!!

Die interalliierte Rheinflandkommission hat beschlossen, wegen des Streiks der Metallarbeiter im Kreis Neuß ihrem Delegierten in Neuß für einen Monat das Recht zu übertragen, gegebenenfalls jede Versammlung, Ansammlung oder Zusammenkunft zu verbieten, die geeignet ist, die Sicherheit der Armeen zu beeinträchtigen und den Aufenthalt auf der Straße während der Nachtzeit zu unterlagen.

Aufstand in Ostkarelien.

Die Freiheitsbewegung der Ost-Karelier ist bis Süd-Öloneh vorgebrungen. Am 17. November erreichten ihre Vortruppen den Swir-Fluß und sprengten nordöstlich von Rodeinoe Polle die Bahnbrücke. 240 Bolschewiken wurden in Mittel-Öloneh umzingelt und niedergemacht. Die Ost-Karelier haben dem hiesigen Sowjetvertreter eine Note zugesandt, worin sie den Abzug der Bolschewiken fordern und Friedensverhandlungen anbieten.

Englische Arbeiter zum Weltfrieden.

Die englische Arbeiterpartei hat eine Rundgebung veröffentlicht, in der es heißt, sie sei der Ansicht, daß das englisch-japanische Bündnis nicht erneuert werden dürfe. Die Arbeiterpartei begrüßt die Abrüstungsvorschläge der Vereinigten Staaten und fordert die Anwendung der Vorschläge auf alle Arten von Rüstungen. Wenn die irische Konferenz fehlschlagen sollte, so würde die Arbeiterpartei weiterhin für das irische Volk diejenige Verfassung fordern, die die Irländer selbst wünschen.

Die Bestattung der Fasziistenopfer.

Rom, 10. Nov. Die Bestattung der Opfer der Fasziistenunruhen wurde zu einer Demonstration, wie sie Rom bisher kaum gesehen hat. Etwa 100 000 Personen nahmen an dem Beisetzungsfeier teil, der sich durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen.

Wirtschaftsbeihilfe.

Handelte es sich hier lediglich um ein Schlagwort, dann würde es der kommunistischen Agitation für „Aktionen“ für „große“ Aktionen, weit weniger gelingen, politische Geschäfte damit zu machen. Wird für den Arbeiterhaushalt schon die minderwertige Margarine, das Schmalz, die billigen Fleisch zum schier unerträglichsten Objekt, gegen die Preissteigerungen von einem Tage zum anderen so mehr, dann kann der Arbeiter nicht im Leben leben.

Wer sich in den Döden nach Nahrung, Winterwäsche, Stiefeln und sonstigen unentbehrlichen Dingen umsieht und will auch nur die bescheidenste Bemerkung über die Preise machen, der steht sich sofort durch Kränkungen der Verkäufer „Der ruhmig“, die da lauten: „Wären Sie vor 6 Wochen gekommen, da war der Preis noch weit niedriger. Wenn Sie aber noch 14 Tage oder noch drei, vier Wochen warten, dann sind die Preise noch weit höher, und es ist die Frage, ob dann überhaupt noch zu haben ist, was Sie haben wollen.“ Früher wurde um einen Preisnachlaß von Pfennigen gefleht. Heute aber heißt es: „Geld spielt keine Rolle.“ Es spielt die Dampfkraft, mehr denn je, weil ohnehin ein einmal nicht zu haben ist. Trotz aller Lohnzulagen verhindert die Lebensmittelerhöhung, daß der Arbeiter sich wie früher von Woche zu Woche ein paar Mark zurücklegen kann, um sich einen Haug zu beschaffen oder sonst etwas, wozu eine einmalige größere Ausgabe notwendig ist. Von einem Wochenlohn kann nichts beschafft werden. Als der einzelne aber sich 600 bis 1000 Mark „erspart“ hat, ist sein Geld inzwischen fast entwertet; was er dafür kaufen wollte, ist teurer geworden, es bekommt nicht mehr das, was er gebraucht. Er wird treu an der ganzen Wirtschaft. Die Frau klagt Tag um Tag, daß sie nicht mehr zurechtkommen kann, und so fällt das Wort Wirtschaftsbeihilfe auf guten Boden. Mit dem Lohn allein geht es nicht mehr. Bei den immer höher steigenden Preisen, der Bekleidung, bei dem „Ausverkauf“ zu spät zu kommen, ringt die Notwendigkeit, die Bedürfnisse, Kleidung und anderes zu erneuern, nach Ausbruch der Tarifkämpfe liegt fest für die nächsten Wochen, was nun?

Die Beamten haben Geld in die Hand bekommen, die städtischen Arbeiter ebenfalls. Die Arbeiter der Privatindustrie aber haben es nicht und gebrauchen nicht minder notwendig größere Beträge zu größeren Anschaffungen. Während aber bei den Verwaltungsbehörden und den städtischen Betrieben der Gemeinderäte außer den finanziellen technischen Schwierigkeiten solchen Regelungen entgegen stehen, lassen sich einmalige Wirtschaftsbeihilfen in den Privatbetrieben ungemein schwieriger, wenn überhaupt, durchführen.

Schlieflich ist es dem Arbeiter aber auch ganz egal, unter welchem Namen und in welcher Form er Geld in die Hand bekommt. Es kommt ihm darauf an, daß er es ab und zu einen größeren Betrag bekommt. Ganz abgesehen von den unentbehrlichen Maßnahmen gegen die allzu „freie“ Wirtschaft, den Warenwucher, muß die Lohnpolitik der Gewerkschaften darauf hinausgehen, von Zeit zu Zeit, etwa allvierteljährlich, dafür zu sorgen, daß durch Rückwirkung der Lohnzulagen in kurze Zeit jeder Arbeiter und Angestellte einen größeren Betrag über den Wochenlohn oder das Monatsgehalt hinaus erhält. Das ist freilich leicht gesagt, allein es muß unter allen Umständen durchgeführt werden, bis einmal eine gewisse Stabilität des Marktes eingetreten ist. Auch die Frage der Gewinnbereinigung wäre in dieser Verbindung zu erörtern.

Mit dem Tarifvertrag allein geht es so ohnehin nicht mehr. Die Gewerkschaften müssen in all den Lohnkämpfen die Führung behalten. Und die Mittelgeber in den Betrieben sollten wissen, daß sie selber die Gewerkschaft, der sie angehören, heute hier und morgen da rein wirtschaftlich erhalten werden können, sondern überlegt und auf legalen Wege verfolgt werden müssen. Streik, wenn es nicht anders geht, doch erst dann. Ungewöhnliches Vorgehen hat ungewöhnliche Gegenwehr zur Folge, das Geld wird größer anstatt geringer und der Art des Wirtschaftens, auf dem wir mit ihm, wird geschädigt.

Was der Arbeiter gebraucht zum Leben für sich und seine Familie, das muß er haben. Er muß sich nicht eilen und ordentlich leisten können, dann erst kann er besser und ordentlich arbeiten. Das, was er gebraucht, muß er sich durch seine gewerkschaftliche Organisation leisten. Paraweltungsaktionen helfen und nichts, sie schaden nur. In den Gewerkschaften, dem Verbande müssen wir unsere ganze Kraft entfalten. Sie sind die Kampforgane, deren wir uns bedienen müssen, wollen wir in dieser schweren Zeit unsere Döden der Geldentwertung anweisen.

Folgen der Krise in England. Mittlerweile wird mitgeteilt, daß im Monat Oktober 1700 000 Arbeiter in England eine Herabsetzung der Löhne hinnehmen mußten, während 800 000 eine Erhöhung erhielten. Insgesamt betrug die Herabsetzung der Löhne 480 000 Pfund Sterling wöchentlich. Seit Anfang 1921 hat die Herabsetzung der Löhne insgesamt 4 870 000 Pfund Sterling für etwa 6 800 000 Arbeiter ausgemacht, während nur insgesamt 130 000 Arbeiter für 23 000 Pfund Sterling volle Wochenmehrlöhne erhielten.

Auslandskredite für die Reparationen.

Im Anschluß an die Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem Garantiekomitee Ende September und Anfang Oktober war die Reparationskommission nach Berlin gekommen, um die Frage zu prüfen, in welcher Weise die nächsten Zahlungen nach dem Ultimatum von London bewirkt werden sollten. In den Besprechungen mit Vertretern der deutschen Regierung hat sie die Forderung aufgestellt, daß diese Zahlungen möglichst durch Forderungsausnahme ausländischer Kredite bewirkt werden müßten. Der Reichskanzler hat heute der Reparationskommission vor ihrer Abreise das folgende Schreiben übergeben:

Die deutsche Regierung geht davon aus, daß es an und für sich nicht dem Sinne der Bestimmungen des Zahlungsplanes von London entspricht, zur Aufbringung der Jahresannuitäten zum Mittel des Kredites zu greifen. Sie ist aber, um einen Beweis des guten Willens zu geben, bereit, eine solche Kreditaktion vorzunehmen. Für die Frage, unter welchen Bedingungen ein Kredit genommen werden dürfte, kommt es in erster Linie auf die Vorschläge desjenigen an, der das Geld verschaffen soll. Die deutsche Regierung ist bereit und hat auch bereits Schritte getan, um sich einen Kredit zu verschaffen. Sie bittet die Reparationskommission, sie hierbei unterstützen zu wollen. Sie sieht sich jedoch verpflichtet, schon jetzt darauf aufmerksam zu machen, daß für die Zeit der Zurückzahlung des Kredites eine außerordentliche schwierige Lage mit Rücksicht auf die sonstigen Verpflichtungen des Reiches entstehen wird, und sie erwartet von der Reparationskommission, daß sie dieser besonderen Lage Rechnung tragen wird.

Stinnes in London.

Hugo Stinnes ist in London eingetroffen. Es beabsichtigt sich, daß Lloyd George mit ihm verhandeln will. Die Unterredung dürfte sich in der Hauptsache um die Frage der Kreditaktion und die damit im Zusammenhang stehenden Wirtschaftsforderungen drehen.

In politischen Kreisen wird behauptet, daß auch die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen verhandelt würden. Der Aufenthalt Stinnes in London wird sich auf ungefähr eine Woche erstrecken. Vielleicht wird, so meint der „Berliner Volksanzeiger“, nach der Rückkehr Stinnes über die Frage der Kreditaktion und die Verhandlungen der Reparationskommission mehr zu sagen sein als heute.

Die Industrie leutet ein.

In der Frage der Kreditaktion ist gestern ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Gestern Abend hat eine Sitzung der vom Reichsverband der deutschen Industrie für die Verhandlungen mit der Regierung über die Kreditaktion gebildeten Kommission stattgefunden, zu der auch Vertreter der Bankwelt zugezogen wurden. Nach lebhaften Verhandlungen wurde beschlossen, ein von Vertretern der Industrie und der Banken unterzeichnetes Schreiben an den Reichskanzler zu richten, in dem sich die Industrievertreter im wesentlichen wieder auf den Standpunkt der Münchener Beschlüsse des Industrieverbandes stellen. Das bedeutet, daß die Kreditaktion ins Werk gesetzt werden soll, ohne, daß von den zuletzt aufgestellten Bedingungen der Industriellen über die Entlastung der Eisenbahnen und anderer Reichsbetriebe die Rede sein wird.

Von den beteiligten Kreisen wird das Schreiben der Industriellen an den Reichskanzler als geeignete Grundlage für die Weiterführung der Kreditaktion und für Verhandlungen wegen Aufnahme eines internationalen Kredits gehalten.

Besondere Bedeutung ist diesem Ereignis insofern beizumessen, als die Reparationskommission morgen Abend Berlin verlassen wird. Heute finden noch die entscheidenden Verhandlungen zwischen der Reparationskommission und der Reichsregierung statt, auf die die günstigere Ansicht des Kredits der Industriellen einen wichtigen Einfluß haben wird.

Die internationale Arbeiterbewegung und die drohende Kriegsgefahr.

Montag, den 13. und Mittwoch, den 16. November fand in Amsterdam eine vom Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes einberufene und geleitete internationale Konferenz von Vertretern der internationalen Berufssekretariate der Transport-, Berg- und Metallarbeiter statt.

Die Konferenz besprach die Weltlage mit besonderer Berücksichtigung der aus der neuen drohenden Kriegsgefahr. Sowohl in Bezug auf die Auffassungen über die allgemeine Weltlage als auch hinsichtlich der Bekämpfung der Reaktion und des Militarismus sowie der gegen weitere Kriege zu treffenden Maßnahmen bestand unter allen Delegierten Einstimmigkeit. Die Fassungen und Beschlüsse der Konferenz wurden in drei Resolutionen niedergelegt. Es wurde ein provisorisches Komitee gebildet, das bis zu dem im April 1922 in Rom stattfindenden Internationalen Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes speziell mit der Leitung der antimilitaristischen Propaganda und Aktion betraut ist. Außer den Mitgliedern des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurden in dieses Komitee je ein Delegierter der anwesenden Berufssekretariate gewählt, d. h. Robert Williams für die Transportarbeiter-Internationale, Frank Hodges für die Bergarbeiter-Internationale, A. Sig für die Metallarbeiter-Internationale.

Dem Komitee wurde die Vollmacht erteilt, bis zum nächsten Kongress alle notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Militarismus und zur Verhinderung eines neuen Krieges zu treffen. Ferner wurde beschlossen, daß neben der Organisation des Widerstandes der Arbeiterklasse gegen Reaktion und Militarismus auch der gemeinsame internationale Kampf gegen die Infolge der wirtschaftlichen Depression immer mehr um sich greifende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Arbeiter aller Länder ausgenommen werden soll. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes wurde eingeladen, auch die Maßnahmen zur Abklärung dieser Frage für den im April nächsten Jahres in Rom abzuhaltenden Internationalen Kongress vorzubereiten, so daß dieser Kongress diebestmögliche definitive Beschlüsse fassen kann.

Sowjetrußland steht sich zur Wehr.

Aus Peking wird gemeldet, daß Tschitscherin in einem Tagesbefehl an die Rote Armee erklärt hat, daß die Anführerbewegung in der Ukraine als ein Vorpiel zu einer weiteren Offensive gegen die Sowjetregierung zu betrachten sei. Die Armee wird darum aufgefordert, sich kampfbereit zu halten.

Nach Deutschland — Japan!

In einer Ansprache im Englisch-Amerikanischen Verein in Peking erklärte Northcliffe, zu einer Zeit sei die englisch-amerikanische Freundschaft nötiger gewesen als augenblicklich. Amerika, Kanada und Australien seien mit einer Fortsetzung des englisch-amerikanischen Bündnisses durchaus nicht einverstanden. Die Japaner seien augenblicklich in einer ähnlichen Lage wie Deutschland vor dem Kriege. Dem Namen nach eine Demokratie, werde Japan absolut regiert von vier Männern, deren Absichten man verurteilen müsse, wenn man auf die dauernden Veränderungen der Karte des fernen Ostens und auf die riesenhafte Ausdehnung der japanischen Missionen blide. Daß die japanische Militärpartei den Vereinigten Staaten feindlich gesinnt sei, könne man aus zahlreichen Veröffentlichungen von ihr schließen. Diese zeigten eine klägliche Unkenntnis der Vereinigten Staaten, ihrer wirtschaftlichen Macht, ihrer Flotte und ihrer Fähigkeit, Seere zu organisieren, ferner eine völlige Unkenntnis der Stimmung in Australien. Als Echo des Geistes der Militärpartei Japans erklärten diese Veröffentlichungen höhnisch, die Vereinigten Staaten brauchten keinen Stützpunkt im fernen Osten, auch wenn sie im fernen Osten bedroht werden sollten. Nord Northcliffe betonte zum Schluß seiner Ausführungen, Großbritannien und Amerika müßten im fernen Osten zusammengehen, da sie sonst früher oder später getrennt gebrochen werden würden. Nach der Regelung der irischen Frage werde seiner Ansicht nach ein festes Zusammenarbeiten zwischen den Vereinigten Staaten und England zustande kommen.

Mißtrauen in Italien.

Die Washingtoner Konferenz wird in Italien mit anhaltendem Mißtrauen verfolgt. Von dem Steigen des Kontrastes zu England abgesehen, fürchtet man, daß Italien gegenüber Frankreich immer mehr zurückgedrängt werde. So schreibt der „Tempo“: „Italien, das mehr Bevölkerung als Frankreich habe und dessen ausgedehnte Küsten jedem Angriff ausgesetzt und schwer zu verteidigen seien, solle gegenüber Frankreich zu beständiger Inferiorität zu Lande und zur See verurteilt werden. Die Konferenz nehme immer bedeutendere Formen an. Der „Messaggero“ führt aus: Italien dürfe niemals einer Beschränkung der U-Boote oder der Seeaviatik zustimmen, falls es keine absoluten Garantien erhalte.“

Frankreich rüstet nicht ab.

Briand erklärte dem Sonderberichterstatter des „Temps“: Am Laufe der Unterhaltungen, die ich mit Staatsmännern und politischen Persönlichkeiten hatte, habe ich die Vorurteile und Irrtümer gerührt und unsere wahre Lage gekennzeichnet. Sie haben sich davon überzeugt, daß der französische Militarismus und Imperialismus Märchen sind. In diesem Sinne freue ich mich, nach Washington gekommen zu sein.“ Briand äußerte weiter, Frankreich brauche den Frieden dringender als jede andere Macht. Es werde ihm leicht fallen, in einer Erklärung zu beweisen, daß das französische Heer nach dem neu angenommenen Programm bedeutend kleiner sei, als vor dem Kriege. Er schloß: „Da wir weder die Sicherheitsgrenze erlangt haben, die wir fordernten, noch die versprochenen Garantien, sind wir verpflichtet, Frankreich und die Welt gegen einen neuen europäischen Krieg zu schützen. Wir wollen nicht, daß unser Land nochmals der Schauplatz furchtbarer Schlachten und Verwüstungen wird.“

Briand wird seine Erklärung über das französische Landheer am Montag oder Dienstag in öffentlicher Sitzung abgeben. Marshall Foch wird in diesen Tagen in Washington sein. Für den Fall, daß Briand ihn braucht. Der Korrespondent meldet noch, die englischen Vertreter in Washington hätten wohl den Wunsch geäußert, daß die allgemeine Dienstpflicht in Frankreich und in anderen europäischen Ländern sowie in Japan aufgehoben werde. Die maßgebenden amerikanischen und englischen Kreise hätten indessen volles Verständnis für die besondere Lage Frankreichs.

Die Arbeiterfeindschaft des Pommerischen Landbundes.

Die „Pommersche Tagespost“ in Stettin und mit ihr die Presse des Reichslandbundes berichtet, daß die Arbeitgebergruppe des Pommerischen Landbundes, Kreisgruppe Kolberg-Wehlau, den Freiarbeitern ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit eine tägliche Zulage von 4 Pfund Roggen bewilligt habe. Die Nachricht ist eine gründliche Irrführung der Öffentlichkeit. Genaue Untersuchungen haben ergeben, daß die Arbeitgeber im Kreise Kolberg-Wehlau im höchsten Maße den tariflich vereinbarten Lohn zahlen und jede Sondervergütung darüber hinaus grundsätzlich ablehnen. Im Einzelfalle wurde den Landarbeitern angeboten, den Tarif des Landbundes anzuerkennen; wenn das geschähe, dann würde ihnen die Bewilligung der Sonderzulage von 4 Pfund Roggen den Tag in Aussicht gestellt. Einseitige Arbeitgeber anerkennen, daß der Tariflohn der Freiarbeiter in Höhe von 15 Mark für den Tag unbedingt zu niedrig ist. Sie erklären aber, nicht mehr zahlen zu dürfen. So steht die Arbeiterfeindschaft der Arbeitgebergruppe des Pommerischen Landbundes aus.

Landenteignung für Siedlungszwecke.

Durch die Reichsverordnung zur Behebung der dringenden Wohnungsnot vom 9. Dezember 1919 wird den Bezirkswohnungskommissionen die Befugnis erteilt, in Fällen, wo für Klein- und Mittelwohnungen Bau- und Gartenland in passender Lage und zu angemessenem Preise nicht zur Verfügung steht, geeignete Grundstücke gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. Ueber die Durchführung dieser Bestimmungen sind vielfach irrige Anschauungen verbreitet. Es kann nicht, wie häufig angenommen wird, der Sinn der Verordnung sein, jedem An siedlungslustigen das Recht zu erteilen, sich ein beliebiges ihm besonders zusagendes Grundstück auszusuchen, und, falls der Besitzer die Vergabe verweigert, die Enteignung zu beantragen. Vielmehr muß in allen Fällen, wo anderes Land das objektiv geeignet ist, d. h. in passender Lage und zu angemessenem Preise zur Verfügung steht, auf dieses zurückgegriffen werden. Im übrigen soll nach Maßgabe der Ausführungsbestimmungen in solchen Fällen in erster Linie öffentliches Gelände und Geländebesitz der an der Siedlung zunächst Beteiligten herangezogen werden. Damit ist nicht gesagt, daß Gemeinden ihr letztes Stück Land ohne Rücksicht auf dessen Art und Lage erst hergeben müssen, ehe Privatbesitz beansprucht werden darf.

Bei dem begreiflichen Widerstand des privaten Grundbesitzes gegen Enteignung ist es aber dringend geboten, daß die Verordnung allenthalben nach gleichmäßigen Grundsätzen ausgelegt und gehandhabt wird. Die auf Grund ihrer Bestimmungen getroffenen Maßnahmen dürfen nicht als Willkür erscheinen. Vor allem müssen, soweit angängig, im Vollberücksichtigung der landwirtschaftlichen Belange beachtet werden. Das kann gegebenenfalls durch Gewährung von Austauschland geschehen, da der „angemessene Preis“, der nach der Verordnung den Enteigneten zugestimmt wird, häufig nicht ausreicht, um den Landwirten den Ankauf gleichwertigen Landes in unmittelbarer Nähe der Großstadt zu ermöglichen.

Kleine politische Nachrichten.

Präsident Harding hat die Proklamation des Friedens mit Oesterreich unterzeichnet.

Der Senat in Washington hat die Ernennung Ellis Loring Drexels zum Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Berlin bestätigt.

Ueber die Unruhen in Bombay am Tage der Ankunft des Prinzen von Wales berichtet Reuters: Die Demonstranten belästigten alle Personen, die europäische Kleider trugen. Straßenbahnwagen wurden mit Petroleum begossen und angezündet. Militär mußte herbeigerufen werden und es kam zu Straßenkämpfen. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

Der Verwaltungsrat der internationalen Arbeiterkonferenz in Genf wurde beauftragt, eine internationale Konferenz einzuberufen, die sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit beschäftigen soll.

Nach einem Bericht aus Washington scheint jetzt die erste Spaltung auf der Washingtoner Konferenz zu drohen. Japan stellte sich auf den Standpunkt, daß seine Großkampfstärke 70 Prozent statt der vorgeschlagenen 80 Prozent betragen solle. Die amerikanischen Delegierten unterstützten das Programm des Staatssekretärs Hughes und widersetzten sich energisch dem nach ihrer Ansicht unnötigen Feilschen.

Eisenbahnerstreik in Italien. Die Eisenbahner sind in Neapel in den Ausstand getreten, der allerdings nur teilweise durchgeführt wurde. Die Regierung hat auf Grund des Gesetzes, das den Streik in öffentlichen Betrieben verbietet, drei Führer entlassen und mehrere Maßnahmen gegen andere Streikende getroffen.

Politischer Streik in Indien. „Sunday Express“ meldet aus Bombay, daß die Zahl der dort im Ausstand befindlichen Arbeiter mehr als 80 000 beträgt.

Wiederaufbau Frankreichs. Minister Loucheur empfing gestern den Bürgermeister des Wiederaufbaubereiches und erklärte ihnen, er habe die Absicht, zu fordern, daß der Wiederaufbau innerhalb sechs Jahren vollendet sei. Es sei unmöglich, ihn in einer kürzeren Frist zu bewerkstelligen.

Unruhen in Indien. Einer Neutermeldung aus Bombay zufolge sind bei den gemeldeten Unruhen am Tage der Ankunft des Prinzen von Wales an verschiedenen Stellen der Stadt Straßenbahnwagen verbrannt und Europäer mit Steinen beworfen worden. Die Polizei feuerte auf die Menge. Der gesamte Straßenbahndienst ist eingestellt worden. Die Unruhen sind noch nicht unterdrückt.

Danziger Nachrichten.

Die Geschworenen der nächsten Schwurgerichtsperiode.

Die nächste Schwurgerichtsperiode beginnt am Montag, den 5. Dezember. Als Geschworene wurden durch den Gerichtspräsidenten folgende Personen ausgelost: Brunnbohrmeister Naabe-Danzig, Gutbesitzer Gludt-Endenau, Ingenieur Schäfer-Oliva, Marineoberstabsingenieur Schulz-Oliva, Hotelbesitzer Kreggig-Oliva, Tischler Rohde-Poppot, Zimmergeselle Krawinkel-Heubude, Kaufmann Dahmann-Oliva, Zuderfabrikdirektor Albrecht-Oliva, Schneidemeister Mepp-Barant, Obergewerksrat Rheinsberg-Langfuhr, Bibliothekar Meinholt-Danzig, Vergolder Meyer-Danzig, Professor Köhler-Langfuhr, Arbeiter Rogalski-Danzig, Landwirt Sempel-Oliva, Zimmergeselle Schelinski-Oliva, Gutbesitzer Phillipsen-Langfuhr, Schmiedemeister Rogalski-M. Maussdorf, Oberamtmann Reiter-Oliva, Schlosser Vahl-Danzig, Arbeiter Prange-Heubude, Landwirt Rothardt-Langfuhr, Kaufmann Pöhl-Danzig, Autodantursekretär Maschke-Danzig, Zollinspektor Vandel-Poppot, Maurer Plaumann-Schmidt, Kaufmann Friedel-Poppot, Mittergutsbesitzer Friedrich-Poppot.

Die vorliegende Liste unterscheidet sich von ihren Vorgängerinnen dadurch, daß die landwirtschaftlichen Großgrundbesitzer, die früher fast ausschließlich die Geschworenenbank bildeten, etwas in den Hintergrund getreten sind. Immerhin stellen sie noch 5 Vertreter, was entschieden zuviel ist. Die Arbeiterschaft bildet den größten Teil der Bevölkerung und stellt deshalb die berechnete Forderung auf dementsprechende Vertretung bei der Bildung der Geschworenenbank.

Für die Jungenheilstätte Jenkau wurden vom Deutschen Transportarbeiter-Verband 500 Mk. überwiesen, die von einem Arbeitgeber als Geldbuße gezahlt worden sind. — Vom Arbeiter-Sportklub Danzig wurden aus einer Veranstaltung im Café Terra 1041,50 Mk. abgeführt. — Das Wohltätigkeitsfest des Internationalen Künstlerverbandes Schöner wie Gold brachte einen Ueberschuß von 6000 Mk., wovon 2000 Mark der Jungenheilstätte Jenkau zufließen. Der Rest wird dem Unterstützungsfonds der Sektion überwiesen.

Gestohlene Eisenbohrer. Durch die Kriminalpolizei sind 33 Stück neue Eisenbohrer 6 Millimeter, Marke „Witt“, als vermutlich gestohlen angehalten worden. Dieselben können von Interessenten bei der Kriminalabteilung, Zimmer 36, während der Dienststunden beschlagnahmt werden.

Wochenplan des Poppoter Stadttheaters. Sonnabend: Geschlossen. Sonntag: Die versunkene Glocke. Montag: Geschlossen. Dienstag: Mäuschen. Mittwoch: Gastspiel Max Ballenberg aus Berlin: Familie Schindler. Donnerstag: Gastspiel Max Ballenberg: Der Herr Minister. Freitag: Geschlossen. Sonnabend: Gastspiel Max Ballenberg: Familie Schindler. Sonntag: Gastspiel Max Ballenberg: Der Herr Minister.

Das Fährlein der sieben Aufrechten.

Erzählung von Gottfried Keller.

(14.)

(Fortsetzung.)

„Nichts von Gegenwärtigkeit!“ bekräftigte Hediger und schüttelte seinen Freunde die Hand.

Der Juli und das Schützenfest von 1849 standen nun vor der Tür, es dauerte kaum noch vierzehn Tage bis dahin. Die sieben Männer hielten wieder eine Sitzung; denn Vesper und Fährlein waren fertig und wurden vorgelesen und für recht befunden. Die Fährlein rief in der Stube aufgesprungen, und in ihrem Schatten erhob sich nun die schwierigste Verhandlung, welche die Aufrechten je bewogen. Denn plötzlich stellte sich die Wahrheit heraus, daß zu einer Fährlein ein Sprecher gehörte, wenn man mit derselben aufleben wollte, und die Wahl dieses Sprechers war es, die das siebenköpfige Schiffslein fast hätte zertrümmert. Dreimal wurde die ganze Mannschaft durchgewählt, und dreimal lebte sie es der Reihe nach des entscheidenden ab. Alle waren erboht, daß keiner sich unterziehen wollte, und jeder war erzürnt, daß man gerade ihm die Last aufbürdete und das Unerhörte zumutete. So eifrig sich andere herbeidrängen, wo es gilt, das Maul aufzusperren und sich hören zu lassen, so schen wichen diese vor der Gelegenheit zurück, öffentlich zu reden, und jeder blickte sich auf sein Ungeschick und darauf, daß er es noch nie in seinem Leben getan und weder wie noch tun werde. Denn sie hielten noch das Reden für eine erwünschte Kunst, die ebensoviele Talent als Studium verlange, und sie heagten noch eine rückhaltlose und ehrliche Achtung vor guten Rednern, die sie zu rührenden und ehrsüchtigen alles für ausgemacht und heilig, was ein solcher sagte. Sie unterschieden diese Redner scharf von sich selbst und legten sich dabei das Verdienst des aufmerksamen Zuhörens, der gewissenhaften Erwägung, Zustimmung oder Verwerfung bei, welsch ihnen eine hinlänglich rühmliche Aufgabe schien.

Als nun auf dem Wege der Abstimmung kein Sprecher erhältlich war, entstand ein Tumult und allgemeiner Lärm, in welchem jeder den andern zu überzeugen suchte, daß er sich opfern müsse. Besonders hatten sie es auf Hediger und Frommann abgesehen und drangen auf sie ein. Die wehrten sich aber gewaltig und schoben es einer auf den andern, bis Frommann Entschloß und sagte: „Ihr Herren! Ihr Herren!

Grundzüge für eine sparsame Wirtschaft im Freistaat werden in einer Sonderausgabe des „Staatsanzeigers“ bekanntgegeben. Die Erreichung des angestrebten Ziels soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

Neue Verwaltungsanstaltungen und Stellen für Beamte und Angestellte, die eine finanzielle Mehrbelastung bedeuten, können grundsätzlich nur geschaffen werden, sofern es sich um Lebensnotwendigkeiten für Staat und Stadt handelt. Eine wirksame Hebung der Lage der Beamten und Angestellten kann vielmehr nur Hand in Hand mit einer Verringerung der Zahl der Beamten und Angestellten und höherer Wertung der Einzelleistung gehen. Dieses Ziel soll zunächst durch die Verringerung der gesamten Stellen für Beamte und Angestellte erreicht werden. Es wird daher bestimmt, daß vom Rechnungsjahr 1921 ab durchweg bei allen Dienststellen je nach der Lage der Verhältnisse die planmäßigen Stellen für Beamte und Angestellte bis auf 75 v. H. der im Haushaltsplan für 1920 vorgesehenen Stellenzahl herabgesetzt wird. Die Einstellung von Ersatzkräften irgendwelcher Art kommt nicht in Frage. Hand in Hand mit dem Abbau der planmäßigen Stellen für Beamte und Angestellte muß mit der Verminderung der zahlreichen seit der Kriegszeit eingestellten Hilfskräfte, die noch oft weit über das Bedürfnis hinaus vorhanden sind, begonnen werden. Staatsüber-schreitungen oder außerordentlich Ausgaben haben grundsätzlich zu unterbleiben, soweit sie nicht auf rechtlicher Verpflichtung beruhen. Bei der Verwendung der Mittel für den tatsächlichen Verwaltungsbedarf ist mit größter Sparsamkeit vorzugehen.

Der beleidigte Oberwachmeister. Ein junges Fräulein aus St. Albrecht betrat vor dem Schöffengericht die Anklagebank. Ihm wurde vorgelesen, daß es den Oberwachmeister so schwer beleidigt habe, daß dieser die Staatsanwaltschaft in Anspruch nehmen mußte. Und was hatte das junge Mädel getan? Sie erhielt eines Tages einen namenlosen Brief in dem eine männliche Person schrieb, sie solle man nicht so tun, sie sei noch grün, und es ginge ihr gar nichts an, wenn er das Mädel oben besuche, denn das sei seine Routine. Das Fräulein ärgerte sich über den Brief und ging mit ihm zur Polizei, um den Absender zu ermitteln. Sie sprach ihre Vermutung dahin aus, daß den Brief vielleicht der Oberwachmeister geschrieben haben könne, denn der Inhalt des Briefes mache dies wahrscheinlich. Dem Oberwachmeister wurde dies mitgeteilt und er holte nun den Brief von dem Mädel ab und machte Anzeige wegen Beleidigung. Er hat den Brief nicht geschrieben. Das angeklagte Mädel erklärte vor Gericht, daß sie natürlich nicht wisse, wer den Brief geschrieben hat. Aus einer bestimmten Redewendung habe sie aber die Vermutung geschöpft, die sie der Polizei mitteilte. Das Gericht sprach die Angeklagte frei. Aus der Form der Äußerung geht nicht die beleidigende Absicht hervor.

In der Jungsozialistengruppe hält am Dienstag, dem 22. November 1921 Gen. Wilhelm Rißner einen Vortrag über „Kynose, Euphorion und Verwandtes“. Die Mitglieder der Jungsozialistengruppe werden aufgefordert, zu dem interessanten Vortrage ausnahmslos zu erscheinen. Gäste sind willkommen. Mitglieder der Jungsozialistengruppe kann jedes Parteimitglied im Alter von 18 bis 25 Jahren werden. Das Ziel der Jungsozialistenbewegung ist Förderung der allgemeinen Bildung und im besonderen der sozialistischen Wissenschaften, sowie Pflege der Geselligkeit.

Deutsch-polnische Interessengemeinschaft. Für den Handel zwischen Spanien, Danzig und Polen ist eine spanisch-polnische Handels-Kontingentsgesellschaft, mit dem Sitz in Danzig, gegründet worden. Insbesondere ist die Veranstaltung von Frachtaufträgen in Danzig vorgesehen. Im Aufsichtsrat der Gesellschaft sind Vertreter aus Madrid, Warschau und Danzig, aus Danzig Stadtrat Dr. Ewert, Senator Jewe-

lowski, Kaufmann Reibing, Hochschulpfarrer Dr. Roth, Dr. Rubach, Senator Rißner, Direktor Altmannowski. Deutsche und polnische Kapitalisten arbeiten Hand in Hand im Interesse ihres Geldsacks. Deutsche und polnische Arbeiter müssen diesem Beispiel folgen und ebenfalls eine Gemeinschaft bilden zur Erzielung einer menschenwürdigen Existenz.

Unterhaltungsabend des Sozialdemokratischen Vereins in Langfuhr. Der 5. Bezirk hatte am Sonnabend seine Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einem Familienabend zu Krefin, Brundhöferweg, eingeladen. Der Vorstand hatte keine Mühe und Arbeit gemacht, um diesen Abend, der die Parteimitglieder im zwingenden Verkehr näherbringen sollte, so zu gestalten, daß alle Anwesenden auf ihre Kosten kamen. Und dieser Zweck ist vollkommen erreicht worden. Der Abend wurde durch eine Ansprache des Genossen Schmidt eingeleitet. Dann folgte ein Prolog vom Genossen Weigelt. Hierauf erregte die Arbeiterjugend Langfuhr mit ihren Gesängen und Reigen die Erschienenen. Gedichte, vorgelesen von den Geschwistern Schwenthal, erzielten reichen Beifall. Eine Abteilung des Langfuhrer Männergesangsvereins von 1891 brachte unter Leitung ihres Dirigenten zeitgemäße Lieder, welche starken Anklang fanden, zu Gehör. Die Festrede des Abends hielt Genosse Dr. Jint. Der Vortragende verstand es ausgezeichnet, die Zuhörer mit seinen trefflichen, zu Herzen gehenden Worten in seinen Bann zu ziehen. Die Rede klang dahin aus, daß es der Arbeiterschaft gelingen möge, sich eine lichtere Zukunft zu schaffen. Der Schauspieler Westbahn erfreute durch seine Darbietungen und fand reichen Applaus. Eine kleine Arbeiterkapelle gab Konzerte zum Besten und spielte danach zum Tanze auf. Als die Stunde der Trennung kam, verließen die Erschienenen nur ungern die gastliche Stätte. Die Veranstalter können mit Befriedigung auf diesen Abend zurückblicken.

Geschäftliches.

Mampes gute Stube ist nunmehr auch in Langfuhr im Hause Hauptstraße 30 vertreten. Damit hat die bekannte Berliner Bildfabrik die Zahl ihrer Verkaufsstellen in Poppot und Danzig auf vier gebracht. Wie bereits bei den bestehenden, so ist auf die künstlerische Ausgestaltung auch dieses Raumes größte Sorgfalt verwendet worden. Unter der Leitung des heimischen Architekten Herr Liebe hat das alte Automaten-Restaurant eine durchgreifende Aenderung erfahren. Die Raumkunst schuf hier ein Lokal von architektonisch schöner Wirkung. Die Malerei von Decken und Wänden, in kräftigen, lebensfreudigen Farben gehalten, geben dem Raum eine gemütslich-frohe Stimmung. Von der Hand des bekannten Malers Herrn Fey stammen auch die 8 Ölen in altem Stil ausgeführten Bilder, die die Wände zieren. Getrennt von der Bildstube ist auch von den Inhabern, Herren Strunk und Fröhlich, eine äußerst gemütsliche Bierstube eingerichtet. Alles in allem kann man von dieser neu eröffneten stimmungsvollen Gaststätte sagen:

Wer Mampes Bierre recht will schätzen,
Muß sich in „Mampes gute Stube“ sehen.

eine Gedankenlosigkeit begangen und müssen nun einsehen, daß wir am Ende unsere Fährlein lieber zu Hause lassen, und so wollen wir uns kurz dazu entschließen, und ohne alles Aufsehen das Fest besuchen!“

Eine große Niedererschlagenheit folgte diesen Worten. „Er hat recht“, sagte Rißner, der Silberfischer. „Es wird uns nichts anderes übrigbleiben“, meinte Söfzig, der Pfugmacher. Doch Mürgel rief: „Es geht nicht! Schon kennt man unser Vorhaben und daß die Fährlein gemacht ist. Wenn wirs unterlassen, so gibt es eine Kalendergeschichte.“

„Das ist auch wahr“, bemerkte Erdmann, der Wirt, „und die Fährlein, unsere alten Bilderbücher, werden den Spaß handlich genug ausbenten.“

Ein Schrecken durchdrang die alten Gebeine bei dieser Vorstellung, und die Gesellschaft drang auf neue in die beiden begabtesten Mitglieder, die wehrten sich abermals und drohten am Ende sich zurückzuziehen.

„Ich bin ein schlächter Zimmermann und werde mich niemals dem Gespötte aussetzen!“ rief Frommann, wogegen Hediger einwarf: „Wie soll erst ich armer Schneider es tun? Ich würde auch alle lächerlich machen und mir selbst schaden ohne allen Zweck. Ich schlage vor, daß einer von den Wirten angekufen werden soll, die sind noch am meisten an die Menge gewöhnt!“

Die verwahrten sich aber aufs heftigste, und Pflüger schlug den Schreiner vor, der ein Spahvogel sei.

„Was Spahvogel?“ schrie Mürgel, „ist das etwa ein Spah, einen edelgeborenen Festpräsidenten anzureihen vor tausend Menschen?“ — Ein allgemeiner Lärm brach aus, und die Fährlein wurden aufgehoben, der das Schwierige der Aufgabe aufs neue vor die Augen stellte.

Es entstand nun allmählich ein Pörsch und Gineinschauen und ein Gemurmel in den Ecken. Frommann und Hediger blieben allein am Tische sitzen und sahen starrer drein, denn sie merkten, daß es ihnen am Ende doch wieder an den Fährlein ging. Endlich, als alle wieder besonnen waren, trat Mürgel vor sie hin und sprach: „Ihr zwei Herren, Schöpfer und Daniel! Ihr habt beide so oft zu unserer Zufriedenheit unter uns gesprochen, daß jeder von euch, wenn er nur will, recht gut eine kurze, öffentliche Rede halten kann. Es ist der Wunsch der Gesellschaft, daß ihr unter euch das Fährlein, und damit hakt! Ihr werdet euch der Mehrheit fügen, zwei gegen fünf!“

Ein neuer Lärm bekräftigte diese Worte; die Angeredeten saßen sich an und sagten sich heimlich endlich dem Beschlusse, aber nicht ohne die Fassung eines jeden, daß das bittere Los dem andern zufallen werde. Es fiel auf Frommann, welcher zum ersten Male mit schwerem Herzen die Versammlung der Freiheitliebenden verließ, während Hediger sich erholte die Hände reibte; so rücksichtslos macht die Selbstsucht die ältesten Freunde.

Frommanns Freude auf das Fest war ihm nun dahingekommen, und seine Tage verdunkelten sich. Jeden Augenblick dachte er an die Rede, ohne daß sich der mindeste Gedanke ankanten wollte, weil er ihn weiß in der Ferne herumfuchte, anstatt das Nächste zu ergreifen und zu tun, als ob er nur bei seinen Freunden wäre. Die Worte, welche er unter diesen an sprechen pflegte, erschienen ihm als Gespenst, und er grübelte nach etwas Absonderlichem und Hochtrabendem herum, nach einem politischen Manifest, und zwar nicht aus Eitelkeit, sondern aus bitterem Willigkeitsgefühl. Endlich fing er an, ein Blatt Papier zu beschriften, nicht ohne viel Unterbrechungen, Seufzer und Flüche. Er brachte mit saurer Mühe zwei Seiten zustande, obgleich er nur wenige Zeilen hatte abfassen wollen; denn er konnte den Schluss nicht finden, und die vertrackten Phrasen hingen sich aneinander wie hartharte Ketten und wollten den Schreiber nicht aus ihrem ähnen Wirbeln entlassen.

Das zusammengefaltete Papierschiff in der Westentasche, ging er bekräftigt seinen Geschäften nach, hand zuweilen hinter einem Schuppen, das es wieder und schüttelte den Kopf. Zuletzt anvertraute er sich seiner Tochter und trug ihr den Entwurf vor, um die Wirkung zu beobachten. Die Rede war eine Anhangung von Donnerworten gegen Jesuiten und Aristokraten, und dazwischen waren die Ausbrüche Selbst, Menschenrecht, Gerechtigkeit und Verdummung und bergleichen reichlich gespickt, kurz, es war eine bittere und geschraubte Kriegserklärung, in welcher von den Alten und ihrem Fährlein keine Rede war, und dazu verworren und ungeschickt gegeben, während er sonst mündlich wohlgehehrt und richtig zu sprechen verstand.

Germinie sagte, die Rede sei sehr kräftig, doch schmeine ihr dieselbe etwas verpölet, da die Jesuiten und Aristokraten für einmal bestigt seien, und sie glaube, eine bessere und veranlagte Grundlegung wäre besser angebracht, da man aufrechten und glückselig sei.

Fortsetzung folgt.

Volkswirtschaftliches.

Austräge für deutsche Werften.

Der englischen Schiffbauindustrie ist wegen ihrer zu neuen Arbeiten wieder ein großer Auftrag verloren gegangen. Die niederländische Dampfschiffahrtsgesellschaft hatte zwei Dampfschiffe aufgeschwieben. Da eine deutsche Firma ihren Preisvorschlag amantig Prozent unter dem billigsten englischen Angebot kalkulierte, ist der Auftrag nach Deutschland gegeben worden.

Die Altengesehichte Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Ueberseehandel eröffnet demnächst einen regelmäßigen monatlichen Fracht- und Passagierdampferdienst nach Westindien. Als erster Schiff wird am 20. Dezember der Dampfer Otto Hugo Stinnes Nr. 1 von Hamburg nach Westindien abgefertigt werden.

Nährungs-Konferenz.

Die von der Sound Current Association in London für den 8. Dezember einberufene Konferenz zur Verhandlung der Frage, wie die erschütterten Nahrungsmittel-Europas wiederhergestellt werden können, ist vorläufig aufgeschoben worden. An der Konferenz sollten aus Deutschland teilnehmen Walter Rathenau, Max Warburg, Direktor Krblitz, von der Handelskammer, Professor Kauter, vom Reichswirtschaftsministerium, Professor Wonn und Oberredakteur Georg Bernhardt. Auch eine weitere Beteiligung der deutschen Banken, die sich erst ablehnend verhielten, schien schon gesichert. Die Verschiebung bedeutet keineswegs die Aufhebung der Konferenz. Der Vertagungsbeschluss wurde vielmehr deshalb gefasst, weil man noch immer nicht weiß, ob nicht die Konferenz von Washington doch noch selber die Initiative zur Frage der endgültigen Regelung ergreifen wird. Das will man abwarten und hat deshalb den Termin verschoben.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaften lassen nicht locker.

Die Vertreter der freien, christlichen und kirchlichen Gewerkschaften sprachen beim Präsidenten der Internationalen Kommission, General Mollet, vor, um sich über die Verordnungen der Kommission bezüglich der Deutschen Werke zu beschweren. Als Vorkühler der Gewerkschaften waren besonders die Abgeordneten Zallenbach und Großmann zu Wort gekommen. Die Besprechung dauerte von 11 Uhr bis 14 Uhr nachmittags.

Während am Montag die Vertreter der Deutschen Werke und Spandau in Gegenwart sämtlicher Mitglieder der militärischen Kommission, die sich bekanntlich aus einem Franzosen, einem Engländer, einem Italiener, einem Japaner und einem Belgier zusammensetzt, empfangen wurden, haben die Gewerkschaftsvertreter nur den Präsidenten der Kommission gesprochen, der natürlich seinerseits ohne seine Kollegen Beschlüsse zu fassen nicht in der Lage war.

Das Ergebnis der Besprechung liegt darauf hinaus, daß die deutsche Regierung die Angelegenheit der Deutschen Werke bereits dem Völkerbund in Paris unterbreitet hat, so daß sie nicht mehr in die Kompetenz der hiesigen Internationalen Kommission fällt.

Abkommen über die Wochenruhe.

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz bleibt der frühere deutsche Reichsminister Bissel eine ausdauernde Kräfte, die wesentlich dazu beitrug, daß der

Abkommensentwurf über die Wochenruhe angenommen und der Änderungsantrag des englischen Vertreters der Arbeitgeber abgelehnt wurde.

Bissel wandte sich scharf gegen den Geist der sozialen Rücksichtlichkeit, der in geradezu erschütternder Weise in den Debatten über die Wochenruhe zum Ausdruck gekommen sei. Er warnte eindringlich vor den Folgen irgendwelcher Verschlechterung des Abkommens. Die Arbeiter hätten gehofft, daß sie endlich als Subjekt und nicht weiter als totes Werkzeug im wirtschaftlichen Leben behandelt werden. Der Redner wies auf die Euthanasie hin, die in den Arbeitermassen der Welt um sich greifen müßte, die dann nur noch ihren Organismen Vertrauen schenken und sich deren starkem Ausbau widmen würden.

Die Idee Bissels, die mit einem starken Appell an das soziale Gewissen der Konferenz schloß, erzielte sehr reichen Beifall, nicht nur bei allen Arbeitervertretern, sondern auch bei vielen Regierungsvertretern. Der von Bissel bekämpfte Zusatzantrag wurde schließlich abgelehnt.

Lohnbewegung bei den deutschen Werften.

Eine große Lohnbewegung hat bei der Germania-Werft, den Deutschen Werften und den Howaldt-Werften eingesetzt. Bei der Germania-Werft wurde die Arbeit schon am Donnerstag niedergelegt. Es sind aber Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit eingeleitet worden, deren Ergebnis noch aussteht. Die Spannung ist dadurch entstanden, daß die Arbeiter mit der Auslegung des neuen Tarifs nicht einverstanden sind. Die Forderungen der Arbeiter gehen dahin, eine einmalige Wirtschaftshilfe in Höhe eines Monatsverdienstes zu verlangen. Ob ein allgemeiner Streik zu vermeiden sein wird, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen. Am Mittwoch soll eine Versammlung stattfinden, wo weitere Beschlüsse gefaßt werden sollen, die dann der Werftarbeiterkonferenz in Hamburg, an der die gesamte Arbeiterschaft der Seeschiffswerften beteiligt sein wird, vorgelegt werden soll.

Beiräte gegen den Forderungswahnsinn. Die in Berlin versammelten Beiräte aller zu der „Deutsche Werke A.-G.“ gehörigen Betriebe erheben in einer Entschließung entschiedenen Protest gegen die Forderung, die die internationalisierte Kontrollkommission neuerdings an die Deutsche Werke A.-G. gestellt hat. Es heißt darin: Die Auffassung oder Befürchtung, in den Betrieben der „Deutsche Werke A.-G.“ könne in kürzester Frist wieder Kriegsgerät hergestellt werden, ist völlig unbegründet. Die Beiräte werden einwige Versuche, die Betriebe für Kriegs- und Rüstungszwecke wieder nutzbar zu machen, mit allen Mitteln zu verhindern wissen. Mit derselben Entschlossenheit wenden sie sich gegen alle Bestrebungen, die nur auf Friedensarbeit eingesetzten Betriebe schmälern. Die Beiräte beauftragen die Gewerkschaften, auch ihrerseits alles zu tun, um die der deutschen Volkswirtschaft drohenden Gefahren abzumildern und insbesondere die ausländischen Bruderorganisationen gegen die geplanten Forderungsmassnahmen zu Protektionen aufzurufen. Die Beiräte erwarten bestimmt vom General Mollet wie von dem Völkerbundrat die reifliche Aufhebung der getroffenen Bestimmungen.

Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm einen Antrag des Senatus an, sich grundsätzlich mit einer Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge um etwa ein Drittel einverstanden zu erklären.

Aus aller Welt.

Schweres Eisenbahnunglück bei Leipzig. Sonnabend vormittag ereignete sich auf dem Rangierbahnhof Engelsdorf bei Leipzig ein schweres Eisenbahn-

den wird, um die heranwachsende Jugend zum Verständnis des neuen Staates und zur freudigen Mitarbeit zu bringen. Ferner ist zu befürchten, daß gerade nun in vielen Schulen im Geschichtsunterricht den Kindern die junge Republik verfehlt werden wird. „Und während man zerkümmerte Menschen heranbildet, wird man von Barbaren erzählt, um dessen Aufhäuser die Rabenstärker flattert, und daß die deutsche Armee nicht von den Amerikanern und den Reservearmeen hoch besiegt wurde, sondern daß der finstere Hagen den Siegfried hinterrücks ermordete.“

Der größte Teil der preussischen Lehrerschaft wird die neueste Wendung der Dinge mit tiefem Bedauern ansehen. Nach Konrad Bänisch, ihrem warmen Freunde und eifrigen Förderer, der mitten unter ihnen stehend ihre geistige und wirtschaftliche Not kannte, der sich mit seiner ganzen Persönlichkeit für ihre als berechtigt anerkannten Forderungen einsetzte, zunächst der laue, vorsichtig lauernde Beder und nun der reaktionäre Gymnasialdirektor aus Eosel. Der Kurs dieses Mannes weicht denn doch zu stark ab von dem der breiten Lehrerschaft, die vorwärts will, der Morgenröte einer besseren Gesellschaftsordnung entgegen, wo tönend wird für Gelsiesöhren schon der neue Tag geboren. Merkur.

Danziger Mennoniten in der Ukraine.

Die Mennoniten, früher „Taufgestuhte“ genannt, dann nach Menno, dem Reformator dieser Gemeinschaft, unter dem Namen „Mennoniten“ jetzt „Mennoniten“ bekannt, mußten ehemals ihrer religiösen Grundzüge halber mancherlei Verfolgungen erdulden. Die Tausende der Erwachsenen, die entschiedene Verwerfung des Kriegsdienstes wie auch des Todes verweigerten ihnen in allen Ländern die größte Unzulässig-

unglück. Eine Rangierlokomotive fuhr mit voller Geschwindigkeit in eine Streckenarbeiterkolonne. Fünf Personen wurden von der Lokomotive erfasst und überfahren. Drei Arbeiter wurden so schwer verletzt, daß sie halb darauf verstarben. Die beiden anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. An ihrem Auskommen wird gezweifelt. Das Unglück hatte seine Ursache darin, daß der Rauch einer anderen vorbeifahrenden Lokomotive die Kolonne völlig einhüllte, so daß sie das Herannahen der Rangiermaschine nicht bemerkte.

Für 4½ Millionen Mark Margarine beschlagnahmt. Von der Abteilung B des Vollziehungsamts in Berlin sind durch Kriminalkommissar Biele in der Berliner Hauptmündelstraße der Margarinefabrik A. B. Mohr in Altona etwa 1820 Zentner Margarine im Gesamtwert von etwa 4540 000 Mark wegen übermäßiger Preissteigerung beschlagnahmt worden. Diese Beschlagnahme hat jetzt auch durch die ordentlichen Gerichte ihre Bestätigung gefunden. Um die Margarine durch lange Lagerung nicht dem Verderben auszuliefern, wurde der genannten Firma aufgegeben, die Ware zu den festgesetzten Preisen abzugeben. Der Millionenerlös muß von der Firma zur Verfügung der Staatsanwaltschaft gehalten werden.

Nationaloptimistische Schundliteratur. Es ist nicht uninteressant, die Angelegenheiten der bürgerlichen Presse zu verfolgen. So steht im „Hamburger Fremdenblatt“ folgendes Inserat:

„Schriftsteller! Wer schreibt in frisch erdübender Form ausfräßig und verheißungsvoll betitelt, sensationelle, evtl. auch phantastische für Massenabsatz bestimmte Roman-Projekte in national-optimistischem Sinne über patriotische, politische, militärische, maritime, technische usw. Themen, insbesondere Zukunfts- und Entwicklungsmöglichkeiten, Antifranzösisches und dergl.? Umfang 80-100 000 Seiten. Inhalt muß vollständig und sehr spannend sein. Positive Angebote mit Angabe der Vorkasse, Honorarforderung sowie mit Stillschreiben unter C. D. 008 an Invalidentausch, Leipzig.“

Es besteht also in Deutschland noch ein Mangel an nationaloptimistischer Schundliteratur. Das Volk soll mit allen Mitteln in eine militärisch-alldeutsche Stimmung versetzt und dann vor den Karren der National-Optimisten gespannt werden. Neugierig für die Unterhändler dieses reaktionären Treibens ist es, daß sie es überhaupt bei der Not des Schriftstellers nötig haben, den Weg der öffentlichen Angelegenheiten einzuschlagen. Schriftsteller im wahren Sinne des Wortes werden sich auch für derartige Schmutzereien kaum finden. Der Leffentlichkeit kann eine Vorkantandigung des „nationalen“ Romans nur recht sein. Sie wird sich dann rechtzeitig auf die Bekämpfung auch dieser Schundliteratur einstellen können.

Kampf gegen Schlemmererei? Es verlautet, daß der bayerische Gesetzentwurf gegen Schlemmererei Gefängnisstrafen sowie Geldstrafen bis zu 100 000 Mark, im Wiederholungsfall bis zu 200 000 Mark, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Ueberweisung an die Landespolizei sowie öffentliche Bekanntgabe der Namen der Schuldigen vorseht. Auch in Deutschland soll aufhaltende Ausländer sollen gegebenenfalls vom Gesetz betroffen werden. Nicht nur für Schlemmererei selbst, sondern auch für diejenigen, die der Schlemmererei Vorschub leisten, sieht der Gesetzentwurf schwere Strafen vor, so Entziehung der Konzessionen, Schließung der Lokale und Gefängnis und neben diesen Strafen noch Geldstrafen.

Eine schwere Brand- und Explosionskatastrophe ereignete sich Sonntag in Harburg in einem Kino gelegentlich einer von mehreren hundert Kindern besuchten Jugendvorstellung. Bis jetzt sind 11 Leichen geborgen, neun schwerverletzte Kinder wurden ins Krankenhaus gebracht, von denen eins verstorben ist.

Der Prozeß Jagow am 7. Dezember. Wie das Reichsgericht amtlich bekanntgibt, ist die Hauptverhandlung gegen v. Jagow, v. Wangenheim und Dr. Schiele auf den 7. Dezember d. Js. festgesetzt.

Zeit und nicht selten wurden sie dieser Glaubensgrundsätze halber dort wieder vertrieben, wo sie eben erst wohnen, eine bleibende Heimat gefunden zu haben. Viele Mennoniten aus Holland waren nach Preußen gekommen; man hatte ihnen hier auch anfangs eine Freistadt gewährt, sehr bald traten jedoch Beschränkungen dieser Freiheiten ein und unter Friedrich Wilhelm II. wurden die Mennoniten kaum mehr im Lande geduldet. Die persönliche Befreiung vom Militärdienste mußte durch große Summen erkauf werden, zudem wurden ihnen alle bürgerlichen Rechte und Freiheiten, hauptsächlich was den Grundbesitz anbelangte, genommen; eine Auswanderung wurde daher von ihnen bald wieder geplant. In derselben Zeit erschien nun ein Aufruf der Kaiserin Katharina II. von Rußland, der an alle freien Landwirte und besonders an die Mennoniten in und um Danzig gerichtet war und zur Einwanderung nach dem Süden Rußlands aufforderte, wo die ungeheuren, größtenteils noch unbewohnten Steppen des Südens mit tüchtigen Landwirten bevölkert werden sollten. Im August 1788 erschien in Danzig der russische Beamte G. v. Trappe und brachte das von der russischen Kaiserin unterm 22. Juli 1783 erlassene Manifest zur allgemeinen Kenntnis.

Da den Mennoniten alle nur erdenklichen Erleichterungen und Begünstigungen bei einer Ansiedelung im Süden Rußlands versprochen wurden, so blieb Trappes Werben auch nicht ohne Erfolg. Schon nach kurzer Zeit erklärten sich mehrere Familien bereit, Preußen zu verlassen und in den Grenzen Rußlands sich anzusiedeln, jedoch wurden aus ihrer Mitte erst zwei Männer gewählt, welche eine Besichtigungszug nach Rußland antreten mußten, um sich an Ort und Stelle von allem zu überzeugen und dann über Land und Leute den Auswanderungslustigen in Preußen Nachricht zu bringen.

Der neueste preussische Kultusminister.

Das Zustandekommen einer breiten Koalitionsregierung ist auch in unsern Reihen mit dem Gefühl einer gewissen Befriedigung begrüßt worden. Die Annäherung des Ministerpräsidenten Genossen Braun, daß die Demokratisierung der Verwaltung ein wesentlicher Programmpunkt des neuen Kabinetts bilde, hat sogar die stille Hoffnung aufkommen lassen, daß nun endlich eine Versöhnung der feindlich aneinanderstehenden Volksschichten ernstlich angebahnt werde. Doch es ist wieder mal vergeblich gehofft worden; denn wie soll man an die Möglichkeit einer auch nur einigermaßen befriedigenden Demokratisierung der Verwaltung glauben, wenn z. B. das Kultusministerium den Händen eines Herrn Böllig anvertraut wird, eines Mannes, dem nach seinen eigenen Äußerungen alles Demokratische ein Grauel ist, der noch vor kurzer Zeit seine Liebe zur Monarchie und dem Hohenzollern mit schwingenden Worten bekundet hat. Freilich erklärte dieser alte preussische Kultusminister im Hauptausschuß des Landtages bei der Beratung des Etats, er betrachte sich nicht als Minister seiner Partei, sondern als Minister der Koalition, und er fügte noch ein paar nicht ansehbare und vorsichtige Redensarten hinzu. Jedoch: „Die Volksschafft hat ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube.“ Die Tatsache, daß ein innerlich durch und durch Internationalist dem Schulwesen vorsteht, wird viel mehr wirken, als ein paar wenig ernst gemeinte Worte. Die Herren Geheimräte in den Beiratsregierungen, ein großer Teil der akademischen Lehrerschaft und der früheren Kollegen des Ministers werden sich ermuntert fühlen, im allgemeinen Geiste weiterzuwirken, und was dabei für die verheißene Demokratisierung der Schule herauskommt, ist sicher weniger als nichts.

Gest steht wohl, daß er nicht große Mühe aufwen-

Danziger Nachrichten.

Streik der Senatsangestellten.

Infolge des provozierenden Verhaltens des Senats sind die Angestellten der Behörden heute mittags 12 Uhr in den Streik getreten.

Gegen die Verschärfung der städtischen Betriebe.

Die drei Arbeiterfraktionen in der Stadtverordnetenversammlung haben an den Senat folgende Anfrage gerichtet:

1. Ist der Senat bereit, Auskunft darüber zu geben, welche Verhandlungen in der Frage der Umwandlung der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke vom Senat oder einzelnen Senatoren geführt worden sind.

2. Willt der Senat derartige Bestrebungen, welche darauf hinführen, kommunale Unternehmungen in privatwirtschaftliche Gesellschaftsform umzuwandeln.

Die Arbeiterschaft wird sich mit allen Mitteln gegen diesen Raubzug des Privatkapitals wehren.

Eine neue Beamtenbesoldungsordnung.

Dem Volkstag wird in den nächsten Tagen vom Senat ein Gesetzentwurf ausgehen, der das Einkommen der unmittelbaren Staatsbeamten (einschließlich Lehrpersonen) mit Wirkung vom 1. April 1920 regelt. In der durch Sonderausgabe zum „Staatsanzeiger“ Nr. 48 angeordneten Vorstudie auf die Beamten wird erklärend bemerkt, daß es sich nur um Vorschläge auf die Bezüge handelt, die sich aus dem jetzt dem Volkstag vorgelegten Gesetz unter Berücksichtigung der zuletzt noch gültigen Grundgebühre-, Orts- und Ausgleichszuschläge ergeben werden, nicht aber um die mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 ab im Deutschen Reich beschlossenen neuen Bezüge.

Kartoffelbestandsaufnahme.

Auf Grund der Verordnung des Senats der Freien Stadt Danzig vom 12. November 1921 findet im Gebiet der Freien Stadt Danzig eine Bestandsaufnahme aller bei Erzeugern vorhandenen Kartoffelvorräte statt.

Erhebungsbehörden sind in der Stadt Danzig das Statistische Amt, in Joppe der Magistrat und in den Landkreisen die Landräte.

Die Erhebung erfolgt mittels Fragebogen, die von den Erzeugern auszufüllen sind. Anmeldepflichtige, die am Erhebungstage einen Fragebogen nicht erhalten haben, haben einen solchen beim Gemeindevorstand (Magistrat) abzuholen.

Die Vordrucke sind in allen Teilen sorgfältig und wahrheitsgemäß auszufüllen und bis spätestens 26. November 1921 beim Gemeindevorstand (Magistrat) einzureichen.

Nichtpflichtige, die den Fragebogen nicht rechtzeitig ausfüllen und abliefern oder den Fragebogen wissentlich unrichtig oder unvollständig ausfüllen, werden mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark bestraft. Auch werden Vorkäte, die nicht angezeigt sind, ohne Entschädigung zugunsten der Verwaltung der Freien Stadt Danzig für verfallen erklärt.

Ein Umsatz- und Luxussteuergesetz ist dem Volkstage zugegangen. Die Umsatzsteuer ist auf das dreifache erhöht worden und soll in Zukunft von 1% vom Hundert des Entgeltes betragen. Die städtischen Betriebe sind von der Steuer befreit, ebenso gemeinnützige Unternehmen. Neben der Umsatzsteuer wird eine besondere Einkommensteuer in Höhe von 10 Prozent im Kleinhandel erhoben. Die Liste der Luxussteuerverpflichtigen Gegenstände ist ziemlich umfangreich. Das Gesetz soll am 1. Januar 1922 in Kraft treten.

Nebenbeschäftigung von Beamten und Angestellten.

Zur Staatsanwaltschaft weist der Senat darauf hin, daß den Beamten und Angestellten private gewinnbringende Nebenbeschäftigungen jeder Art nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Behörde gestattet ist. Die Genehmigung darf nur in Ausnahmefällen erteilt werden und ist jederzeit widerruflich. Auf schriftstellerische Arbeiten finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Vermißte Personen. Seit dem 5. d. Mts. ist der Daserbeiter Hugo Schiemann, wohnhaft Al. Wädergasse 5, verschwunden. Er ist 1,68 Meter groß, schlank, hat dunkel-blondes Haar und ebensoförmige kurz geschnittene Schnurrbart. Bekleidet war er mit schwarzem Jackett, blauer Marinschale, schwarzen Schnürschuhen, hellgelber Mütze. Am Freitag, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, entfernte sich aus dem elterlichen Hause, Brunnhöfer Weg 43, die 24 Jahre alte Gerda Unverferth und ist bis heute nicht zurückgekehrt. Da sie kräftlich ist, wird vermutet, daß sie sich ein Versteck ausgesucht hat. Die U. ist ziemlich groß, schlank, hat hell-blondes Haar, war bekleidet mit dunkelblauer Kleide, schwarzfarbter langer Jacke, schwarzen Schuhen und schwarzer Pelzkappe mit Schleier. Aus seinem Elternhause in Elbing, Wilhelmstraße 8, hat sich am 17. d. Mts. der 14 Jahre alte Bruno Dase entfernt. Es wird vermutet, daß er mit einem Karussellbesitzer nach Danzig gefahren ist. Der Knabe ist 1,35 Meter groß, hat blondes Haar und als besonderes Kennzeichen an der Stirn eine hufeisenförmige Narbe. Um zweckdienliche Mitteilung in allen Fällen bitten das Polizeipräsidium, Abteilung I c.

Einbürgerungsanträge. Zur Vermeldung nutzlosen Schreibwerks empfiehlt es sich, mit den Anträgen auf Verleihung der Danziger Staatsangehörigkeit noch bis zum Inkrafttreten der betr. Bestimmungen zu warten. Nähere Bedingungen werden seinerzeit durch die Tagespresse ergeben.

Der Umbau des Gewerbegerichtsgebäudes.

hat die sozialdemokratische Fraktion nachstehende Anfrage eingebracht:

Ist die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Dienstverhältnis zwischen Arbeitern einerseits und ihren Arbeitgebern einschließlich der landwirtschaftlichen, der kommunalen und Staatsbetriebe, sowie kommunalen und Staatsbehörden andererseits und zuzüglich den Arbeitern desselben Arbeitgebers sind in der Freien Stadt Danzig Gewerbegerichte zu errichten.

Zahl und Sitz dieser Gerichte bestimmt der Senat im Verordnungswege. Für mehrere Gemeinden kann ein gemeinsames Gewerbegericht errichtet werden.

Wird ein gemeinsames Gewerbegericht für das ganze Gebiet der Freien Stadt Danzig errichtet, so hat es seinen Sitz in Danzig. Die Gewerbegerichte können bei Bedürfnis auf Anordnung des Vorsitzenden auch ordnungsmäßige Gerichtstage außerhalb ihres Amtssitzes abhalten.

Als Arbeiter im Sinne dieses Gesetzes gelten auch Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höherer technischer Dienstleistung betraute Angestellte der in § 1 bezeichneten Betriebe und Behörden, sowie Hausangestellte.

Die Strandung des Segelschiffes „Weißer“ vor dem Seeamt. Das Seeamt verhandelte am Sonnabend über die Strandung des Segelschiffes „Weißer“ am 22. Oktober bei Bräkerort. Der Hauptzeuge, Kapitän Rilling, ist bei der Strandung ertrunken. Das Schiff war mit Zement beladen und hatte schon bei Besatzung mit schwerer See zu kämpfen. Der Kapitän, der Westmann Westmann und der Seemannsrolle Ostf. blieben die ganze Zeit auf Deck. Der Schiffsjunge Seefisch mußte das Steuer bedienen, die anderen arbeiteten an den Segeln. Zwischen 2 und 3 Uhr nachts entschloß der Kapitän sich, Pillau anzulaufen. Etwa um 3 Uhr morgens war man hinter Bräkerort und versuchte, um die Ede zu kommen. Das mißlang aber. Man versuchte dann möglichst von der Küste abzukommen. Bevor das Schiff in die Brandung kam, fiel es schon bis tiefen auf die Strandung. Die Strandung erfolgte an der Westseite bei Bräkerort. Das Schiff wurde vor dem Winde vierkant auf den Strand gesetzt. Ein Deck hatte das Schiff nicht. Die Mannschaft und die Frau des Kapitän nahmen Rettungsversuche, sprangen ins Wasser und erreichten den Strand. Weitere wurde gegen den Mast geschlagen und hatte eine fast blutende Wunde über dem linken Auge. Aber auch sie kam glücklich an Land. Als letzter sprang der Kapitän von Bord. Er wurde jedoch nur als Leiche an den Strand gespült. Der Staatskommissar gab sehr gutachten dahin ab, daß die Ursache der Strandung in der schweren See zu suchen sei. Aber trotzdem hätte sich die Strandung vermeiden lassen. Die Besatzung war nicht genügend befähigt, die Leute waren 17 und 18 Jahre alt und für Seefahrt war es die erste Reise. Man hätte noch Neufahrwasser halten müssen, denn es war sehr schwierig in die Wollen von Pillau zu segeln. Der Kapitän mußte auch wissen, daß vor Bräkerort große Steine liegen. Die Nachrichtenstelle der Marine bei Bräkerort hat ihre Schuldigkeit getan. Der Spruch des Seeamts ging dahin: Der Unfall des Schiffes ist auf das schwere Wetter zurückzuführen, insbesondere auf das Umspringen des Windes von Südwest nach Nordwest. Der Kapitän hat vielleicht nicht ganz richtig gehandelt, indem er zu nahe an die Küste kam. Sichere Auskünfte liegen aber nicht vor, da der Kapitän tot ist. Es ist ungewiß, ob der Kapitän sicher nach Neufahrwasser gelangt wäre. Vielleicht war auch die Mannschaft nicht genügend befähigt. Ein Vorwurf gegen den Kapitän ist aber nicht zu erheben. Die Rettungsmannschaft hat ihre Schuldigkeit getan.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 21. November bis 27. November d. J. unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 850 Mark für ein 10-Markstück, 425 Mark für ein 5-Markstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Paul Walther Schäfer, der Mitbegründer und langjährige Leiter der Joppe-Waldoper, ist im Alter von 43 Jahren nach längerem Leiden an einer Krebskrankheit in Chemnitz verstorben.

Museumsdirektor Dr. Seder ist zum Direktor des Rathenau-Museums in Köln ernannt worden. Nach etwa zehnjähriger erfolgreicher Tätigkeit am Danziger Stadtmuseum kehrt Dr. Seder in seine rheinische Heimat zurück.

Stadtheater Danzig: Infolge Erkrankung des Herrn Claus hat Herr Franz Hahn für morgen, Dienstag, die Partitur des „Voland“ in der Oper „Das Mädchen des Eremiten“ übernommen. Am Donnerstag, den 24. November, gelangt in Abänderung des Spielplanes statt „Die Königin“ „Die Hermannschlacht“ bei ermäßigten Preisen zur Aufführung.

Ausländische Wanderarbeiter dürfen sich nur in der Zeit vom 10. März bis 1. Dezember im Freistaat aufhalten. Anträge auf Genehmigung von Beschäftigung von Saisonarbeitern sind bis zum 5. Dezember zu stellen.

Filmchau.

Die U. S. Lichtspiele zeigen den 2. Teil des großen, eindrucksvollen Filmmwerkes „Im Hause der Macht“. Einmal Tolmes spielt auch hier die Empirische und sein Spiel fesselt ungemein. Der Millionär, der Gott und den Menschen das Schicksal anordnet, nach vielen Irrungen und Seelenqualen die Massen des Volkes vor der Liebe strecken. „Die Schuld des Grafen von Ronchi“ spielt in den Kreisen der alten russischen Aristokraten und zeigt in gutem Spiel das Schicksal zweier Menschen, die über Eifersucht, Boswilligkeit und Geld hinweg ihre Vereintigung finden. Ein tolles Lustspiel, „Das schlaueste Weibchen“ handelt, gibt dem beliebten Komiker Deutzer Gelegenheit seine auf die Nachschauen immer wieder wirkende Kunst zu entfalten.

Bildtheater am Langenmarkt bringt den Film „Die Geheimnisse von Berlin“. Die erste Szene „Die Weltstadt im Glanz und Dür“ zeigt den Tanz um das goldene Stab mit allen seinen widerlichen Begeben-

heiten und seinen, kranken Begleiterscheinungen. Der tolle Tanz bringt den Konsumismus, der zweier amerikanischen Maschinenfabriken, der sich geschiedet der in Detroit kommenden Arbeiter, ein Ende ausstößt und mit blutigen Geld entsetzt wird. Nach dem erzwungenen Zusammenstoß der Firmen entleert man sich nach dem Rezept der „virginischen Manoeuvres“ der ungewissen Wägen. Der achte Teil der Roboopylins schließt das sensationelle Programm.

Metropol-Lichtspiele bringen ein Detektivdrama, genannt „Das Sprungbrett des Todes“, in dem Detektiv und Verbrecher die diesem Film eigene Rolle von Sensationen und Kletterkünste zeigen. Ein zweiter Film, „Die Rixe“ spielt zu einem Teil in New York, zum anderen auf einem Dampfer und bringt seine Bilder von Strand und See.

Nein Danziger Stb. Landwirte, die ihrer Arbeitsleistungspflicht an Getreide nicht nachkommen, haben nach einem Rundschreiben des Senats für jede Tonne nicht abgelieferter Getreide 750 Mark zu zahlen.

Kleine Nachrichten.

Wohlt nach Holland entkommen?

Zu der Flucht des Oberleutnants Goldt wird der „L. I.“ aus Hamburg gemeldet: Die Polizeibehörde hat bis jetzt noch keine Spur des am Donnerstag aus dem Untersuchungsgefängnis entflohenen Oberleutnants Goldt entdecken können. Es besteht die Vermutung, daß einer seiner Freunde ihn in einem Auto bis über die holländische Grenze gebracht hat.

Ein Kommunistengesetz in Polen.

Auf den Vorschlag der Entente-Kabinette ist die polnische Regierung veranlaßt worden, im Zusammenhang mit dem Genfer Diktat scharfe Maßnahmen gegen den Kommunismus zu ergreifen. In Kürze wird Warschau im Konnex mit der tschechischen Regierung ein Kommunistengesetz in Kraft treten lassen, welches auch für die an Polen gefallenen ober-schlesischen Gebiete Geltung haben wird.

Standesamt vom 21. November 1921.

Todesfälle. T. d. Schloßers Karl Engelbrecht, 67 J. — Arbeiter Otto Franz Helm, 35 J. 1 M. — Metzger Paul Wachtel, 35 J. 9 M.

Polizeibericht vom 20. u. 21. November. Festgenommen: 35 Personen, darunter 1 wegen Diebstahls, 1 wegen Betrugs, 1 wegen Urkundenfälschung, 1 wegen Straßenraub, 2 wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, 1 wegen Beschädigung, 2 wegen Verletzung von Personen, 1 zur Befragung, 1 wegen Schmuggels, 11 in Polizeihast. Obdacht: 4 Personen.

Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.
Diskussionsabend. Heute, Montag, abends 8 Uhr, im Verteilungsbüro, 1. Stamm, 7. 8. Etage. Vortrag über die Wirtschaft der alten Kulturen von Dr. Hoffmann. Schlußreden: Besuch wird erwartet.

Verband der Gemeinderäte und Staatsbeamten.
Am Montag findet bei Schmidt, Schillinggasse 5, eine Mitgliederversammlung statt. Ohne Mitgliedschein kein Zutritt. Vertrauensmännerprüfung am Dienstag, abends 8 Uhr bei Reimann, Fischmarkt 6.

Sozialdemokratischer Verein Dörs.
Dienstag, den 22., abends 8 1/2 Uhr in der Dörs-Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Kassendbericht, 2. Bericht vom Parteitag, 3. Delegiertenwahl, 4. Bericht nachbesprechung, 5. Vereinstätigkeiten.

Verein Arbeiterjugend Danzig:
Heute, Montag, 7 Uhr abends, im Heim Gesangsabend. Leiter: Gen. Müller.
Dienstag: Mädchenabend. Leiter: Genossin Müller.

Sozialdemokratische Partei, Bezirk Dörs. Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 22. d. Mts., abends 7 Uhr, im „Karlshof“ (früher Jappe). Tagesordnung: 1. Wahl des 1. Vorsitzenden, Wahl des Delegierten zum Parteitag, 2. Bericht des Delegierten über den außerordentlichen Parteitag, 3. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	(Kauf.)	7,40	Verkauf	8,70
Dollar:		264-260		275
Engl. Pfund:		1050		1080
Frank. (Schweiz):		19,25		
Schweiz. Franks:		51,40		

BORG
Held... 28 Pl.
Nr. 10... 25 Pl.
Stambul... 30 Pl.
Held... 28 Pl.
Nr. 10... 25 Pl.
Stambul... 30 Pl.

Wasserstandsberichte am 19. November 1921.
19. 12. 20. 11.

Danigst	+1,00	+1,07	Manufaktur	+0,22	+0,10
Marshall	+1,00	+0,93	Diebst	+0,10	+0,02
Wlad	+0,42	+0,00	Diebst	+0,34	+0,00
Thorn	+0,11	+0,11	Wlad	+0,12	+0,00
Jordan	+0,05	+0,05	Wlad	+0,20	+0,00
Wlad	+0,05	+0,05	Wlad	+0,20	+0,00
Wlad	+0,10	+0,13	Wlad	+0,20	+0,00
Wlad	+0,36	+0,42	Wlad	+0,20	+0,00

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Bruno Schmidt, Dörs; für Interne Bruno Schmidt, Dörs. — Druck von J. Wehl & Co., Danzig.

Die Angst vor dem Sozialismus.

Zur geplanten Vernichtung der Deutschen Werke.

Als die Nationalversammlung zu Beginn des Jahres 1921 beschloß, daß die ehemaligen Deeresbetriebe nicht an die Privatindustrie verkauft, sondern für Rechnung des Reiches auf Friedensanbahnung umgestellt und fortbetrieben werden sollten, daß sie einen wichtigen Schritt zur Herausbildung leistungsfähiger Formen einer gemeinwirtschaftlichen Betriebsführung seien.

Es war nämlich von vornherein klar, daß eine Weiterführung der Werke nur möglich sei bei völliger Abänderung ihrer Organisation. Man gelangte dann, die Betriebe aus dem Rahmen der allgemeinen staatlichen Verwaltung ganz herauszunehmen. Es wurde ihnen die höhere Form einer Aktiengesellschaft gegeben, aber das gesamte Aktienkapital blieb in den Händen des Reiches, so daß aller Gewinn der Gesamtheit zufließt. Auch die letzten Entscheidungen, die sich der Generalversammlung der Aktionäre aufzuwerfen, werden hier nicht von privatkapitalistischen Interessenten, sondern von Reichsorganen getroffen. Die Deutschen Werke A.-G. stellen also eine

Körperschaft eines sozialisierten Betriebes dar.

Darum ist freilich nicht geplant, daß nun jeder Sozialist die Betriebsverhältnisse der Deutschen Werke als Ideal betrachten müßte. Zu ungünstig waren die Bedingungen, unter denen das Unternehmen begonnen werden mußte, als daß man heute schon befriedigende Ergebnisse erwarten dürfte.

In den ehemaligen Reichswerken ist harte Arbeit eingebracht worden, die bedeutungsvoll ist nicht allein für die Wiederherstellung der deutschen Produktionskraft, sondern allein für die Erhaltung einer Verdienstmöglichkeit unserer in den ehemaligen Deereswerkstätten be-

schäftigten Arbeiter, sondern auch für die Verwirklichung einer Produktionsform, die, in der Werkstatt, im technischen Bureau und in der Verkaufsabteilung erprobt, unserem Wirtschaftsideal vielleicht mehr vorgebildet hat wie alle hochliegenden Pläne.

Was da in kurzer Zeit unter den ungünstigsten Bedingungen geschaffen worden ist, wie z. B. in der früheren Artilleriewerkstatt München, die Umstellung eines Betriebes für Fabrikation von Geschützen und Maschinenteilen in eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, Möbel und Wirtschaftsgüter sowie für Wagonreparaturen, das konnte nur möglich sein, wenn eine effizienteste Arbeitsorganisation zusammenarbeitet mit einer Arbeiterkraft, die sich nicht lediglich als Arbeitnehmerin, sondern als Teilhaberin und Erbin der Produktionsorganisation betrachtete.

Nun hat die Entente-Kommission die Schließung des Werkes Wollgang bei Danau, die Schließung des Werkes Erfurt für Fabrikation von Jagd- und Sportwaffen, die Einstellung der Sportwaffenfabrikation in Spandau und den Umbau eines Walzwerkes in Spandau verlangt bzw. verboten.

Selbstverständlich sehen wir Sozialisten dieses neue anmaßliche Eingreifen nicht allein vom Standpunkt der berechtigten Empörung über diesen unberechtigten Eingriff in eine große deutsche Wirtschaftsorganisation an, sondern wir haben auch die Trübsalstränge abzulegen, welche diese bewußte schwere Schädigung eines Betriebes verursacht haben, dessen wirtschaftliches Ausblühen

ein Dorn im Auge des internationalen Großkapitals ist.

Soll mehr wie hundert Jahren haben die von den Deutschen Werken A.-G. übernommenen Betriebe sich auf dem Gebiet der Waffenfabrikation betätigt. Es ist ganz klar, daß sie hierin Vorbildliches leisten können. Es ist ebenso klar, weshalb für jeden, der von Waffenfabrikation etwas versteht, das Jagd- und Sport-

gewehr zu Kriegszwecken niemals in Betracht kommen können. Es ist ebenso klar, daß nach dem Verbot der Entente an die „Deutschen Werke“ diese Waffen von der Privatindustrie in demselben Maße hergestellt werden können.

Was hat diese neue Maßnahme also nur für einen Sinn? Lediglich die Schädigung eines vielleicht einzig in der Welt dastehenden „sozialisierten Betriebes“, oder wenigstens des Verkäufers dieser Produktionsstufe und, was noch wahrscheinlicher klingt und auch bei der Schließung der Werksfabrik in Danzig die Trübsalstränge war, die Verlegung der der ausländischen Sportwaffenindustrie unangenehmen deutschen Konkurrenz.

Die Durchsichtigkeit der neuen Aktion des internationalen Privatkapitals tritt aber am deutlichsten daraus zutage, daß dem Werk Spandau der Umbau seines Walzwerkes untersagt wird. Was soll hiermit bezweckt werden? Einmal und Genossen haben und das Vorbild der „Vertikalisierung und Durchstaffelung“ des Produktionsprozesses gegeben, vermittelst dessen sie sich von den Preisschwankungen ihrer Rohstoffe und Halbfabrikate emanzipiert haben. Das Walzwerk in Spandau sollte das Rohstoffreservoir der verschiedenen Werke der Aktiengesellschaft werden, die Herzkammer der Produktion des vereinigten Betriebes. Darum weg damit, sagt sich das internationale Währungs- und Handelskapital und gibt seine Weisungen an Herrn Rollet und seine Handlanger.

Noch ist es nicht zu spät! Die deutsche Arbeiterkraft wird auf der Hut sein! Um unsere Sache geht es. Möge die Parteileitung die Vertreter der Zweiten Internationale darauf aufmerksam machen, daß die Entente mit der Verlegung der „Deutschen Werke“ eine Wirtschaftsorganisation trifft, die dazu berufen ist, der Welt auf dem dornigen Weg zur Verwirklichung unseres Wirtschaftsidesals zu werden!

Behandlung

betreffend Neuwahl des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Danziger Niederung.

Die am Sonntag, den 18. Dezember 1921, der Zeit von vormittags 10 bis nachmittags 1 Uhr anderwärts Wahl der Arbeitgeber, wie ersichtlichermaßen findet nicht statt, weil für die Vertretergruppen nur je eine Wahlordnungsliste eingegangen ist. Die in Nr. 259 einer Zeitung am 6. November 1921 bekanntgegebenen Personen gelten somit gem. § 10 der Wahlordnung als gewählt. (5595)

Der Vorstand

der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Kreises Danziger Niederung.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Montag, den 21. November, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 2.

adn Windermere's Fächer

Komödie in vier Akten von Oskar Wilde. Inszenierung: Selig Brode. Inspektion: Emil Werner. Personen wie bekannt. Ende gegen 10 Uhr.

Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten C 2. „Das Mädchen des Eremiten“. Komische Oper.

Samstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. „Heiden“. Komödie.

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 2. „Die Königin der Nacht“. Märchenoper.

Montag, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. Zum Beiden der Fingerringe. Komödie.

Dienstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. Zum 1. Male! „Anna Bolena“. Große Szenen von Emil Werner.

Mittwoch, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Donnerstag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Freitag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Montag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Dienstag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Mittwoch, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Donnerstag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Freitag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Montag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Dienstag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Mittwoch, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Donnerstag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Freitag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Montag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Dienstag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Mittwoch, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Donnerstag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Freitag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Sonntag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Montag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Dienstag, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Mittwoch, vormittags 11 Uhr: Feste (musikalisches) Morgenfeier. Professor Heinrich Meier, Dresden (Gef.).

Hotel Danziger Hof Wintergarten

Täglich: 5-Uhr-Tee

mit Tanzvorführungen

Kapelle Weinroth

Eigene Konditorei American Bar

Abends: Reunion!!!

Kapelle Valesco

Vorzügliche Küche

Große Auswahl gutgepflegter Weine

Musikerhafter

Restaurationsbetrieb.

KK B

Kleinkunstbühne

Kabarett Komik. Große Allee.

(Kunstl. Direktion Victor Falk)

Nur 4 Tage!

Dienstag, den 22., bis inkl. Freitag, den 25. Nov.,

abends 8 1/2 Uhr

Großes

Rokoko-Fest

Im festlich geschmückten Saale d. Kleinkunstbühne

PROGRAMM:

Betty Reimers von Daalen Endrikat

Vorträge und Chansons in Rokoko

2 Chais, Mezzette

Uraufführung:

„Frau Casanova“

Ein lustiges Spiel aus der Rokokozeit v. G. Löbner mit

Enid Holgers

in der Hauptrolle.

Personen:

Florence Enid Holgers

Duval, ihr Gatte K. Adami

Robert Maler Fred Drayler

Helen de Traversmont Victor Falk

Theophil Endrikat

Regie: Victor Falk. Dekorationen: Endrikat. Weizen-

Kostüme: Fa. Schlotzka, Große Gerbergasse

Außerdem:

„Serenade“

Ein Rokoko-Spiel von Kurt Adami.

Pünktliches Erscheinen und Platzbestellungen erbeten.

Ueber proletarische Ethik

Das proletarische Schaffen vom Standpunkt der realistischen Philosophie.

Preis Mark 3.-

Buchhandlung „Volkswacht“

Spandhaus Nr. 6. — Paradiesgasse Nr. 32.

In trockenes
offenstelliges
Stubbenholz
Eiche, Buche, Fichte
13,9 ab Lager III.
Schottland 112. 13465
Wilhelm Prillwitz.
Telefon 2530.

Kupfer, Messing
Blei, Zink usw.
kauft zum Tagespreis 1490
Junkerstraße 8
Hendel, Pfefferstadt 31.

Verlangen Sie die
„Volkswacht“
in den Gaststätten!

Gedania-Theater

Schlesensdamm 53/55 (5595)

Bis einschließlich Dienstag!

Der sehenswerte Spielplan!

Der Schrei aus dem Fenster

Detectiv-Sensations-Film in fünf großen, äußerst

spannenden und sensationellen Akten

Detectiv Bob Hill. Adalbert v. Schlettow

„Tom Murrer, der Bankräuber“

Kriminal-Film in 5 fesselnden Akten.

„Nobody“, VII. Episode

Aus Nobodys Vergangenheit

Alfred Ruhbach

der bekannte Danziger Komiker

ist im November frei

für Vereine und Festlichkeiten.

Adr.: Heil, Geistgasse 30, I. (5592)

Danziger Glossen

Heft 1 Mk. 1.50

Heft 2 „Der Altheiß“ 2.50

Heft 3 1.50

Heft 4 1.50

zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Extra-Angebot

in
Herren-Anzügen

aus guten Stoffen

hergestellt

von

100 Mk.

an

(5146)

la

Qualität

in

Jeder Preislage

verkauft

Kurt Becker,

Häckerstraße 8, Laden

und

4. Damm 11, 1 Tr.

Soeben erschienen!

Allgemeine Geschichte des
Sozialismus und der sozialen Kämpfe

III. Teil:

Neue Zeit

von M. Beer

Preis 12.— Mark

Buchhandlung Volkswacht

Am Spandhaus 6 und Paradiesgasse 32

Klub-Garnituren, Klubsessel,
Sofas, Chaiselongs,
Auflegematratzen

sehr preiswert. Polsterwerkstatt

H. Will, Husarengasse 9.

Reparaturen billigst.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind

billig und erfolgreich.

Alt. Bodenrummel

Eisen, Blei, Messing und

Kupfer kauft Plotzki,

Schiffeldamm 11. (5596)

Die Danziger Werft

stellt sofort ein:

Tischler

welche auf furnierte

Arbeiten eingerichtet sind,

Brenner

die sich über gute Leistungen

ausweisen können.

Persönliche und schriftliche

Meldungen an die

Verwaltungs-Direktion

Zimmer 106, (5594)

Danziger Werft.